

Zum Inhalt des Rundbriefes Nr. 739 vom 01.11.2018

Editorial: Ostdeutsche Kulturen gehören in das Berliner Schloss, dem so genannten Humboldt-Forum – Betrachtungen zum Festakt am 29. Oktober in Berlin: „20 Jahre Beauftragte für Kultur und Medien“

Liebe Leser,

Am 29. Oktober hat das Amt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) im „Berline Schloss“ sein 20-jähriges Bestehen im neuerbauten Berliner Schloss mit 600 Gästen gefeiert. Die Presseberichterstattung scheint mäßig gewesen zu sein („Lückenpresse“). Lesen Sie daher – neben dem Editorial – auch den amtlichen Bericht des BKM u.a. mit der Rede der Bundeskanzlerin Angela Merkel auf unseren Seiten 55 bis 61.

Die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien wies in ihrer Rede beim Festakt darauf hin, dass die Einrichtung des Amtes vor 20 Jahren sehr kontrovers diskutiert wurde: Der bayerische Kultusminister Hans Zehetmair kommentierte die Gründung „als überflüssig wie ein Marineministerium für die Schweiz“.

Frau Grütters führte weiter aus, dass Kultur und Medien in den vergangenen 20 Jahren ihren eigenen Stellenwert in der Regierungspolitik gefunden habe, der stetig zunimmt: „Dies spiegelt sich unter anderem in den erheblichen Steigerungen des Etats für Kultur und Medien in den vergangenen Jahren wider. So gab es auch 2018 mit einem Gesamthaushalt von 1,78 Milliarden Euro einen kräftigen Zuwachs von knapp neun Prozent gegenüber 2017. Zudem sind Kernthemen des aktuellen Koalitionsvertrags wie Integration, Zusammenhalt in Vielfalt, ländliche Räume, gleichwertige Lebensverhältnisse wichtige kulturpolitische Themen auf der Agenda der Bundesregierung“.

Kein Wort also über die besondere Bedeutung des Erhalts und der Pflege unseres ostdeutschen Kulturgutes! Der Aufgabenbereich der BKM umfasst weite Bereiche: „Zudem ist die Beauftragte für Kultur und Medien bundesweit und im Ausland verantwortlich für insgesamt 74 institutionell geförderte Einrichtungen - darunter die großen nationalen Kultureinrichtungen wie die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die Klassikstiftung Weimar, das Literaturarchiv in Marbach oder die Bundeskulturstiftung - sowie für hunderte Förderprojekte. Die Aufarbeitung der NS-Raubkunst und der Kunst aus kolonialem Kontext, das Gedenken und Erinnern an die Opfer der zwei Diktaturen in der jüngeren Geschichte Deutschlands sind ebenso Themen von gesamtstaatlicher Bedeutung“.

Hoffnung könnten die weiteren Ausführungen der Staatsministerin machen: „Die Kulturpolitik des Bundes ist deshalb mehr als die ‚Summe der Kulturen‘ der einzelnen Bundesländer. Der Bund kümmert sich in der Fläche um passende Rahmenbedingungen zur Förderung von Kunst, Kultur und Medien in ganz Deutschland. Dazu gehören unter anderem der Kulturgutschutz, Programme zur Förderung von Projekten der kulturellen



Bildung und Integration, die Filmförderung, die Künstlersozialversicherung, der Erhalt des Filmerbes und des schriftlichen Kulturgutes, die Digitalisierung von historischen Museumsbeständen“.

Weitere Hoffnung für die Stärkung unserer gesamtdeutschen wie ostdeutschen Kulturarbeit im Besonderen – d..h. der Kultur der Deutschen auch in den Vertreibungsgebieten außerhalb des historischen Ostdeutschlands – gab die Kulturstaatsministerin mit den Schlusssätzen, in denen sie betonte, dass Dialogfähigkeit nicht Standpunktlosigkeit bedeute, im Gegenteil: Verständigung brauche Haltung: "Und unsere Haltung der Offenheit, der Freiheit und auch der Barmherzigkeit, der Solidarität hat ihre Wurzeln auch und insbesondere in unserem christlichen Menschenbild ... Kulturelle Vielfalt, in der sich auch sperrige, unbequeme, provozierende und irritierende Positionen in Freiheit entfalten könnten, sei deshalb das Beste, was populistischer Einfalt entgegen zu setzen sei ...Und zweifellos brauchen wir, um unsere demokratische Kultur der Verständigung gegen ihre Verächter zu verteidigen, die Lehren aus der Aufarbeitung unserer Vergangenheit, die Vielstimmigkeit unabhängiger Medien, die Ideen der Kultur- und Kreativwirtschaft, die Phantasie und auch den Widerspruchsgeist der Kunst – und eine Kultur- und Medienpolitik, die dafür Raum und Rahmenbedingungen schafft."

Es ist doch erstaunlich, wie eine „neue Partei“ auch die Kulturszene aufmischt. Allerdings: zu den Kulturgütern der Vertreibungsgebiete, die Förderung ihrer Einrichtungen, findet man in den Reden der Kulturstaatsministerin und der Bundeskanzlerin nichts. Das ist aber auch eine Folge des mangelhaften Engagements der Vertreter von ostdeutschen Einrichtungen und Verbänden (Paten von Vertreibungsgebieten, Hochschulen mit nicht vorhandenen Lehrstühlen für Geschichte und Landeskunde der Vertreibungsgebiete, Landesmuseen, Historischen Kommissionen, Verbänden der Vertriebenen).

Warten wir nicht auf das gegenwärtig nicht vorhandene Engagement der „gefürchteten AfD“ zu unseren Problemen und Forderungen. Warten wir nicht, bis das letzte ostdeutsche Kulturgut offen oder heimlich in die Vertreiberstaaten abgezogen wird.

Wir müssen selbst etwas tun!

Übrigens: das Berliner Schloss der preußischen Könige wäre der richtige Standort gewesen für die Darstellung der verschwundenen preußisch-deutschen Ostprovinzen, der ostdeutschen und anderen Vertreibungsgebiete. Die Ostdeutschen und anderen Museen und Sammlungen im Berliner Schloss, ausgestattet mit ausreichend Personal und Finanzmitteln, die diese Bezeichnung auch verdienen, die einen Etat zur Sicherung und zum Ankauf von Kulturgütern der Vertriebenen haben, ja, das wäre Kulturpolitik in unserem Sinne!

Die Hoffnung stirbt zuletzt, aber nur wenn wir uns stärker auf allen politischen Ebenen einbringen und fordern!

Mit herzlichen landsmannschaftlichen Grüßen
Ihr Reinhard M. W. Hanke

